

Pessimismus ist der falsche Ansatz

Das Europäische Jahr für Entwicklung ist eine gute Chance, um Verständnis für globale Zusammenhänge zu erzeugen, ist Nationalratsabgeordnete Petra Bayr überzeugt. Die SPÖ-Bereichssprecherin für globale Entwicklung ist Vorsitzende des entwicklungspolitischen Unterausschusses und eröffnet eine Interview-Serie mit den entwicklungspolitischen SprecherInnen der österreichischen Parlamentsparteien.

Weltnachrichten: Die Europäische Union (EU) leistet seit 1957 Entwicklungshilfe und ist mittlerweile der weltweit größte Geber. Die Union achtet auf die Stärkung von Synergien und bemüht sich, dass ihre Politik den Entwicklungsbedürfnissen der Entwicklungsländer entgegenkommt beziehungsweise diesen zumindest nicht zuwiderläuft, also kohärent ist. So heißt es sinngemäß im Beschluss des Europäischen Parlaments zum Europäischen Jahr für Entwicklung. Gelingt das?

Petra Bayr: In der Europäischen Union gibt es große Bemühungen, kohärent zu sein. Ob der Stein der Weisen schon gefunden wurde, wage ich zu bezweifeln. Sowohl auf EU-Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedsstaaten gibt es immer noch viele Unterschiede zwischen dem, was auf Papieren steht, und wie in der Realität gearbeitet wird beziehungsweise gearbeitet werden kann. Nehmen wir als Beispiel das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP: Wenn sich die EU und die USA Standards ausmachen, werden sich auch andere Länder daran halten müssen, wenn sie an diesem Markt teilhaben wollen. Sie sitzen aber nicht am Verhandlungstisch und damit bleiben ihre Interessen und Möglichkeiten auf der Strecke. Oft sind das Entwicklungsländer. Wenn man so will, untergräbt TTIP also die Entwicklungsagenda von Doha 2005 und wegen der Intransparenz des Prozesses ist das noch nicht einmal klar. Gleichzeitig glaube ich aber, dass wir in der Entwicklungspolitik auf einem guten Weg sind. Nach den Entwicklungsagenden von Paris, Accra und Busan sind Grundsätze wie Eigenverantwortung und Effektivität sehr gängig geworden. Auch wenn diese Prinzipien mitunter viel bürokratischen Aufwand nach sich ziehen, glaube ich, dass wir dabei sind, diese Dinge zu verinnerlichen. Und irgendwann werden wir sie automatisch berücksichtigen.



Petra Bayr: „Es geht mir um die Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger.“



„Will die Wirtschaft offizieller Akteur im Entwicklungsprozess sein, muss man sie auch in die Pflicht nehmen“, so Petra Bayr.

Weltnachrichten: Viele Fortschritte wurden gemacht, viel bleibt noch zu tun. Das kann man auch an den Millenniums-Entwicklungszielen gut erkennen. Nach wie vor ist es so, dass rund 1,3 Milliarden Menschen in extremer Armut leben. Die Ungleichheit hat fast überall auf der Welt zugenommen, neue Krisen und Konflikte brechen aus. Gibt das nicht Anlass zu Pessimismus?

Petra Bayr: Pessimismus ist für mich immer der falsche Ansatz. Ja, leider wurden nicht alle Entwicklungsziele erreicht. Die Müttersterblichkeit konnte etwa nicht um drei Viertel gesenkt werden, wie geplant. Das ist zwar kein kostspieliges Ziel, aber im Kontext von sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten ebenso wie der Selbstbestimmung von Frauen ein ideologisch sehr umstrittenes. Dennoch sollte man die erreichten Dinge nicht vergessen: Die Entwicklungsziele haben wesentlich dazu beigetragen, Entwicklungspolitik verständlicher zu machen. Und ich denke, dass es mit den Nachhaltigen Entwicklungszielen, die den Millenniumszielen nachfolgen, noch besser möglich sein wird, jeden Einzelnen und jede Einzelne einzubeziehen. Entwicklungspolitik ist leichter zu erklären, wenn den Österreicherinnen und Österreichern bewusst wird, dass auch sie einen Beitrag leisten können – etwa durch ihr Konsumverhalten.

Weltnachrichten: Was sind Ihrer Meinung nach drei wichtige Themen, die bei den neuen Zielen nicht vernachlässigt werden dürfen?

Petra Bayr: Rechtsstaatlichkeit und demokratische Regierungsführung sind wichtige Hebel und Anker für viele Ziele. Wobei es mir immer auch um die direkte Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger geht. Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte sind wichtige Themen, die gute Beispiele für einen menschenrechtsbasierten Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit sein können. Wichtig wäre mir außerdem, dass die Wirtschaft mit einer ebenso großen Verbindlichkeit an Bord geholt wird wie andere Player. Es reicht mir nicht, wenn es heißt, Unternehmen sollen ermutigt werden, auf nachhaltige Produktion zu achten. Wenn die Wirtschaft offizieller Akteur im Entwicklungsprozess sein will, muss man sie auch in die Pflicht nehmen. Das ist keine leichte Aufgabe, aber die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen im Ausland zum Beispiel gehört gesetzlich geregelt.

Weltnachrichten: Glauben Sie, dass das Europäische Jahr für Entwicklung etwas dazu beitragen kann, Entwicklungszusammenarbeit bekannter zu machen?

Petra Bayr: Das werden wir erst im Nachhinein beurteilen können. Aber es sind ja viele tolle Dinge geplant. Außerdem bin ich immer wieder erstaunt, wie interessiert die Öffentlichkeit ist, wenn es um Entwicklungspolitik geht. Viele Menschen in Österreich, die Armut auch aus ihrem eigenen Alltag kennen, verstehen oft sehr gut, warum man sich international für Armutsbeseitigung einsetzt. Das Europäische Jahr für Entwicklung ist hoffentlich ein guter Anlass, diejenigen zu erreichen, die für entwicklungspolitische Fragen und Themen noch kein offenes Ohr haben. Das ist deshalb von Bedeutung, weil Entwicklungszusammenarbeit vielen EntscheidungsträgerInnen noch immer nicht wichtig genug ist. Das spiegelt sich dann auch im Budget wider. Ich bin überzeugt, dass das Regierungsprogramm diesbezüglich umgesetzt werden muss: Österreich muss einen Weg finden und diesen auch verbindlich festlegen, um mehr Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sicherzustellen. Es braucht ein Gesetz, um das Budget für die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit so zu sichern, dass diese Gelder keine Ermessensausgaben mehr sind und damit der erste Kürzungsposten bei Einsparungen im Ressort. ■

Das Interview führte **Manuela Gutenbrunner**, Information und Öffentlichkeitsarbeit in der ADA.

Wordrap

Bitte antworten Sie mit genauso vielen Wörtern, wie die vorgeschlagen Begriffe umfassen. Was fällt Ihnen ein zu ...

Austrian Development Agency – **institutionalisierte österreichische Entwicklungszusammenarbeit**
Europäische Union – **großes Gemeinsames**
Österreich – **Herausforderungen**